

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Anzeigebüros 2 Wilsdruff, im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Wilsdruff, bei Postbestellung 2,40 Wilsdruff. Die Wochensätze sind nachfolgend angegeben. Die Wochensätze sind nachfolgend angegeben. Die Wochensätze sind nachfolgend angegeben.

Wochensätze: Die 8-spaltige Stammzeile 20 Wilsdruff, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Wilsdruff, die 2-spaltige Reklamazeile im täglichen Teile 1 Wilsdruff, Nachdruckgebühren 20 Wilsdruff. Sonstige Anzeigen sind nachfolgend angegeben. Die Wochensätze sind nachfolgend angegeben.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 128 — 88. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 5. Juni 1929

Die neue Londoner Regierung.

Zum zweitenmal wird durch das Ergebnis englischer Wahlen der Führer der Arbeiterpartei an das Steuer des Britischen Weltreiches gestellt, formell noch immer auf Grund einer Berufung durch den König, tatsächlich aber nur dem jahrhundertalten Brauch der englischen Staatsverwaltung folgend; denn seit den Zeiten des Ministers Pitt hat kein englischer König es gewagt, dem Parlament gegen den Willen seiner Mehrheit einen Premierminister aufzutrotzen.

Was die ersten Ergebnisse der Wahlen wahrscheinlich machen, wurde nach dem endgültigen Resultat zur Gewissheit: die „Labour party“, die Arbeiterpartei, hat ihr Ziel, im Wahlkampf die absolute Parlamentsmehrheit und damit die Möglichkeit, eine selbständige Politik zu treiben, auch jetzt ebenso wenig errungen wie 1924. Und man spricht — er selbst übrigens auch! — schon jetzt davon, daß Macdonald, der Führer der siegreichen Partei, bald Ministerpräsident, auch diesmal es wohl nur auf eine Regierungszeit von zwei Jahren bringen und daß es dann zu klärenden Neuwahlen kommen wird. Denn es entspricht auch englischen Parlamentsbrauch, dem Neuerannten und seinem Kabinett eine längere „Schonzeit“ zu gewähren, nicht — auch wenn es möglich wäre — seinen Sturz sofort herbeizuführen. Sollen doch erst durch seine ministerielle Tätigkeit und durch langsame Gegenarbeit der Opposition sozusagen die Grundlagen, das Sprungbrett für die nächsten Wahlen geschaffen werden. Sofortige Neuwahlen haben in England noch weniger Zweck, ändern noch weniger an dem ursprünglichen Resultat als etwa in — Deutschland 1924, als wir binnen acht Monaten Neuwahlen hatten, die die vorhergehenden im allgemeinen nur bestätigten.

Zum zweitenmal sieht Macdonald also auch vor der Unmöglichkeit, unbedenklich die politischen Ziele verfolgen zu dürfen, für die er im Wahlkampf gestritten hatte und deren Erfüllung seine Wähler von ihm erwarten. Außenpolitisch wie innenpolitisch. Er konnte 1924 auf der Londoner Konferenz den französischen Ministerpräsidenten Herriot so unter Druck setzen, daß Frankreich sofort seine Truppen von der Ruhr wegzog. Und die sozialistische Politik des konservativen Kabinetts Baldwin hat er, wenn überhaupt, dann nur sehr zurückhaltend kritisiert. Selbst in der Frage der Teilnahme Englands an der Rheinlande besetzung ist er für eine zwar grundsätzliche Zurückziehung des englischen Kontingents eingetreten, praktisch hat er sie aber nur dann empfohlen, wenn auch die Franzosen und Belgier dort verschwand. Sicher ist er kein so warmer und unbedingter Anhänger enger englisch-französischer Intimität wie sein Vorgänger Baldwin, ist stolz darauf, daß unter seiner Ministerpräsidentenschaft die Verträge von Locarno abgeschlossen wurden, und ist besonders warmer Verehrer des Völkerbundesgedankens, — aber doch viel zu sehr Engländer, um diesem Gedanken wesentliche Machtinteressen Britanniens zu opfern.

Und er ist ja immer auf eine zum mindesten stillschweigende Duldung, eine Art Neutralität — ob und wie weit es zu einer wirklichen Unterstützung kommen wird, kann erst die Folgezeit zeigen — der Liberalen angewiesen, die selbst nicht eine in sich gefestigte und daher zuverlässige Truppe darstellen, außerdem unter Führung Lord Georges stehen, den man als einen besonders schwankenden Charakter in der Geschichte betrachtet. Macdonalds politisches Handeln wird also auf irgendeine Art Kompromisspolitik zusammen mit den Liberalen herauskommen. Auch und vor allem in der englischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die konservative Regierung hat sich namentlich an der Arbeitslosenfrage die Fahne ausgehissen, weil diese nur wirtschaftspolitisch, nicht etwa nur durch rein sozialpolitische Maßnahmen zu regeln ist. Sie brennt England aber seit Jahren auf den Ägeln. Daß die einst so vielfach besprochene Sozialisierung der Bergwerke zu allererst helfen würde, weiß Macdonald ganz genau, wird also derartige Pläne jetzt auch deswegen ruhig im Schreibtischkasten liegen lassen, weil er sich sonst die geschlossene Gegnerschaft der Liberalen zuziehen würde.

Wir Deutsche aber sollten uns nun nicht etwa allerschmerzhaft vage Hoffnungen über das Emporkommen einer „deutschfreundlichen“ Regierung in London machen. Es wird dort immer nur eine — englische geben. Nur eine englische, die mit den Dingen dieser Welt so rechnet, wie sie sind und nicht, wie man sie sich vielleicht wünscht. Und besser ist's auch für uns, sich gleich darauf einzustellen, daß wir nicht so sehr die Worte als die Taten des neuen englischen Ministerpräsidenten prüfen.

Vollständige Einigung in Paris

Paris, 4. Juni. Über die Dienstagnachmittagsberatungen der Vollziehung der Sachverständigenkonferenz wurde folgende Mitteilung ausgegeben:

„In der Vollziehung des Sachverständigenausschusses vom Dienstag nachmittag wurde eine Übereinstimmung über alle wesentlichen Punkte erreicht. Der Sachverständigenausschuss wird sich nunmehr dem beschleunigten Abschluß des Berichtes zuwenden in der Erwartung, daß dieser Bericht vor Ende dieser Woche zur Unterzeichnung bereit ist.“

In der Vollziehung wurde lediglich die Frage der Abfassung des Berichtes, nicht aber die belgische Markfrage erörtert. Der Stamp-Ausschuss wird nunmehr den Bericht, an dem keine weiteren wesentlichen Änderungen mehr vorgenommen werden sollen, endgültig fertigstellen.

Die Vermutung liegt nahe, daß diese deutschen Zusicherungen die Ursache für das belgische Nachgeben in der Markfrage sind. Man darf daher erwarten, daß der Bericht der Sachverständigen in Paris von sämtlichen Abordnungen ohne Vorbehalt unterzeichnet werden wird.

Unterzeichnung am Freitag?

Paris, 4. Juni. Über die am Dienstag vormittag unter den alliierten Sachverständigen in der belgischen Markfrage erfolgte Einigung gibt der „Temps“ folgende halbamtliche Darstellung: „Die Sachverständigen der Gläubigerstaaten haben am Dienstag um 11.30 Uhr unter dem Vorsitz Owen Youngs von neuem getagt und sich mit der Prüfung der belgischen Markforderung beschäftigt, die bekanntlich als einzige Frage bisher noch ungelöst war. Die alliierten Sachverständigen haben anerkannt, daß die deutsch-belgischen Verhandlungen, die nunmehr eingeleitet wurden, notwendigerweise eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werden und daß andererseits die Unterzeichnung und Veröffentlichung des Schlusberichtes, der den Regierungen zu übersenden ist, nicht weiter hinausgeschoben werden kann, da die Sachverständigenarbeiten bereits vier Monate dauern und die Sachverständigen von dem Wunsche befeuert sind, ihre private Beschäftigung wieder aufzunehmen, nachdem die Einigung über die Bedingungen zur endgültigen Beilegung des Wiedergutmachungsproblems erfolgt ist.“

Es besteht dem „Temps“ zufolge weiter die Hoffnung, daß noch am Dienstagabend, auf jeden Fall aber am Mittwoch vormittag der Sachverständigenausschuss zur Vollziehung der letzten Befehle des Sachverständigenausschusses zusammenzutreten könne. Diese letzte Sitzung dürfte noch zwei bis drei Sitzungen in Anspruch nehmen, so daß man fest damit rechnen dürfte, daß die Unterzeichnung des Young-Planes am Freitag erfolge, der dann unverzüglich den sieben im Sachverständigenausschuss vertretenen Regierungen sowie der Reparationskommission überreicht werden würde.

Keine Erörterungen wegen Eupen-Malmedy

Ein Brief Kastls

Scheimrat Kastl hat am Dienstag vormittag in einem Schreiben an den amerikanischen Sachverständigen Lamont auf Grund einer Rücksprache mit der Reichsregierung das Schreiben Schachts vom Montag vormittag noch weiter erläutert und hat ausdrücklich erklärt, daß die Reichsregierung bereit ist, sofort in Verhandlungen mit der belgischen Regierung einzutreten und weiterhin der Ansicht ist, daß die territorialen Fragen (Eupen und Malmedy) aus den Verhandlungen ausgeschlossen sein sollen. Des weiteren enthält der Brief die Zusicherung der Reichsregierung, daß der Young-Plan erst in Kraft treten soll, wenn die Verhandlungen zwischen der deutschen und der belgischen Regierung zu einem positiven Ergebnis gekommen sind.

Macdonald zum König berufen.

Der Führer der englischen Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald, ist eingeladen worden, am Mittwoch nach Schloß Windsor zu einer Audienz beim König zu kommen.

Die Völkerbundtagung in Madrid.

Empfänge beim König und bei Primo de Rivera. Madrid steht bei glühender Hitze völlig unter dem Zeichen der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes. Die deutsche, die italienische und die japanische Abordnung trafen am Dienstag ein. Am 10. Juni wird General Primo de Rivera im Außenministerium einen Empfang für sämtliche Abordnungen geben, an dem mehrere hundert Personen teilnehmen sollen. Ferner ist ein Empfang beim König sowie ein Empfang der ausländischen Presse bei Primo de Rivera vorgesehen. Briand hat sich auch nach Madrid begeben, dagegen wird Chamberlain an der Tagung nicht teilnehmen.

Krach im Auswärtigen Ausschuss.

Die Deutschnationalen verlassen die Sitzung. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat zur Beratung über die Sachverständigenkonferenz in Paris zusammen. Nachdem zunächst Reichsfinanzminister Dr. Hüfner einen Überblick über den Gang und den Stand der Sachverständigenverhandlungen gegeben hatte, gab Reichskanzler Müller von einem Schreiben der deutschen Sachverständigen auf der Pariser Konferenz Kenntnis, in der diese das dringende Ersuchen aussprechen, daß innenpolitische Auseinandersetzungen bis nach Beendigung der Konferenz vertagt werden möchten. Die Sachverständigen würden, lediglich ihrem Gewissen und ihrem freien Ermessen folgend, die Verantwortung für ihre Entscheidungen ohne Rücksicht auf äußere Einflüsse übernehmen.

Auf Anregung des Reichskanzlers beschloß dann der Ausschuss, einem Antrag der Volkspartei gemäß, in Anbetracht des Umstandes, daß die Sachverständigenberatungen noch nicht abgeschlossen sind, von einer materiellen Diskussion abzusehen. Da dementsprechend die deutschnationale Reparationsinterpellation ebenfalls von der Debatte ausgeschlossen war, verließen die deutschnationalen Ausschussmitglieder zum Zeichen des Protestes nach einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte den Saal.

Kurz darauf veröffentlichte die deutschnationale Reichstagsfraktion eine Erklärung, in der das Verhalten der deutschnationalen Ausschussmitglieder damit begründet wird, daß die Regierungsparteien jede Verhandlung eines deutschnationalen Antrages der jetzt bereits bekannten ungeheuren, auf zwei Generationen sich erstreckenden Belastung des deutschen Volkes schroff verweigert hätten.



Der ehemalige Ministerpräsident Baldwin.

Ministerium Baldwin zurückgetreten.

Macdonald wird Ministerpräsident. Ministerpräsident Baldwin hat seine Demission gegeben. Diesem Rücktritt des englischen Kabinetts ging eine Audienz Baldwins beim König im Krankenzimmer des Schlosses Windsor voraus, wo die entscheidende Unterredung stattfand. Der nächste Schritt auf dem verfassungsmäßigen Wege wird die Aufforderung des Königs an Ramsay Macdonald, als Führer der Opposition, sein die Bildung der neuen Regierung zu über-